

Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB/Rahel Ruch, JA!): Stadt setzt ein sichtbares Zeichen gegen die Atomenergie; Begründungsbericht

Am 30. August 2012 hat der Stadtrat folgende Motion Fraktion GB/JA! im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Die Ereignisse in Japan haben viele Menschen aufgewühlt. Nach dem Erdbeben und dem verheerenden Tsunami folgte der atomare Notstand, nachdem das AKW-Gelände von Fukushima von der Flutwelle getroffen wurde und die Notstromaggregate ausfielen. Dass ein solcher GAU im hochentwickelten Japan stattfinden kann, hat vielen Menschen in der Schweiz zu denken gegeben und auch die Bundespolitik hat Schritte in Richtung atomfreie Zukunft unternommen.

Bernerinnen und Berner sind besonders betroffen von der Gefahr, die vom AKW Mühleberg ausgeht. Bereits seit längerer Zeit ist bekannt, dass das AKW kaum gegen Erdbeben oder Überflutung geschützt ist und die Risse im Kernmantel nur ungenügend durch Zuganker zusammengehalten werden. Nach der Katastrophe haben in Bern Menschen aller politischer Couleur begonnen, mittels Mahnwachen auf die Gefahr, die von Mühleberg ausgeht, hinzuweisen. Später bezog eine Gruppe den öffentlichen Vorgarten des Hauptsitzes der BKW am Viktoriaplatz, um vor den inakzeptablen Gefahren der Atomenergie zu warnen und die Stilllegung des AKW Mühleberg zu fordern. Während des vergangenen zweieinhalb Monate haben unzählige AktivistInnen, darunter auch viele Jugendliche, mit starker Unterstützung der Bevölkerung diverse Veranstaltungen, Protest-Picknicks, Kundgebungen etc. durchgeführt und dem Protest gegen die gefährliche Atomkraft ein friedliches, zivilgesellschaftliches Gesicht gegeben. Das Protest-Camp hat damit viel erreicht.

Da sich der Gemeinderat während laufender Verhandlungen zu einer Totalräumung des AKW-Ade-Camps hat hinreissen lassen, ist er jetzt gefordert, ein neues, sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg und für dessen sofortige Stilllegung, zu setzen. Denn seine oberste Aufgabe ist es die Sicherheit der Berner Bevölkerung zu gewährleisten, und diese ist durch das 12 km entfernte AKW Mühleberg in Gefahr. Durch die Totalräumung des Camps ist nicht nur ein Treffpunkt friedlichen Anti-AKW-Bewegung aufgehoben worden, sondern auch eine Informationsmöglichkeit für die interessierte Bevölkerung.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, sich auch öffentlich gegen die Atomenergie zu bekennen und ein neues sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg und für dessen Stilllegung zu setzen, damit die Bevölkerung wieder die Möglichkeit bekommt sich zu informieren und auszutauschen und damit sie daran erinnert wird, wie gefährlich die Atomkraft ist.

Bern, 23. Juni 2011

Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB/Rahel Ruch, JA!), Lea Bill, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Monika Hächler, Urs Frieden, Judith Gasser, Hasim Sancar

Bericht des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sie ist für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hin-

sichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Öffentliches Bekenntnis gegen die Atomenergie

Der Gemeinderat ist der Atomenergie gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt und er hat sich stets - wie auch von den Stadtberner Stimmberechtigten im Jahr 2010 beschlossen - für den geordneten Atomausstieg bis 2039 ausgesprochen. Die Ereignisse der Atomkatastrophe in Fukushima haben auch den Gemeinderat tief erschüttert, bestätigen ihn jedoch in seiner auch öffentlich geäußerten kritischen Haltung gegenüber dieser Technologie sowie dem gefassten Entscheid zum Ausstieg aus der Atomenergie.

So hat der Gemeinderat am 14. März 2012 beschlossen, dem Verein „Mühleberg Verfahren“ beizutreten um auch die juristischen Bestrebungen der Beschwerdeführenden der Zonen 1 und 2 um das AKW Mühleberg gegen die unbefristete Betriebsbewilligung zu unterstützen. Der Beitritt erfolgte aus ideellen Gründen; der Gemeinderat unterstützt die Zielsetzungen des Komitees gegen den unbefristeten Betrieb des AKW Mühleberg. Die Stadt Bern ist mit dem Beitritt zum Komitee keinerlei finanzielle Verpflichtungen eingegangen.

Der Stadtpräsident hat zudem am 28. März 2013, direkt nach dem Bundesgerichtsentscheid, dem AKW Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung zu erteilen, reagiert und an die BKW appelliert, das AKW Mühleberg trotz dieses Bundesgerichtsurteils so rasch wie möglich vom Netz zu nehmen, da für ihn die Sicherheitsbedenken nicht ausgeräumt sind.

In der Vernehmlassungsantwort vom Mai 2013 zum Gegenvorschlag zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ hat sich der Gemeinderat für einen Gegenvorschlag mit dem Endtermin 2017 ausgesprochen sowie klar zum Ausdruck gebracht, dass die Sicherheit nicht verhandelbar sein darf und dass er hierbei in erster Linie das ENSI und den Verwaltungsrat der BKW in grosser Verantwortung sieht. Mit Beschluss vom 18. November 2013 ist der Grosse Rat des Kantons Bern jedoch nicht auf den Gegenvorschlag der Regierung (Abschaltung bis spätestens 2022) eingetreten. Mit kantonalem Volksentscheid vom 18. Mai 2014 wurde die Initiative „Mühleberg vom Netz“ mit 63.3 % Nein-Anteil endgültig abgelehnt. Auf städtischer Ebene hatte die Vorlage jedoch einen Ja-Anteil von 55.6 %.

Der Gemeinderat hat in der Medienmitteilung vom 30. Oktober 2013 den Entscheid der BKW, das AKW Mühleberg 2019 abzustellen, begrüsst, hat er sich doch stets gegen eine unbefristete Betriebsbewilligung eingesetzt. Er ist zudem erleichtert, dass erstmals ein konkretes Abschaltdatum kommuniziert wurde.

Neues sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg und für dessen Stilllegung

Der Gemeinderat sieht es nicht als seine Aufgabe, ein neues „Zeichen“ analog des AKW-Ade Camps zu organisieren, zumal sich diese Forderung mit dem von der BKW kommunizierten Stilllegungsentscheid des AKW Mühleberg per 2019 sowie mit der Ablehnung der Initiative „Mühleberg vom Netz“ aus seiner Sicht erübrigt. Er wertet das Ergebnis der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ indes als ein klares Votum für den geordneten Atomausstieg und nicht als Signal gegen die Energiewende. Der Gemeinderat wird sich jedoch weiterhin auf dem politischen Weg dafür einsetzen, dass die Sicherheit des AKW Mühleberg an oberster Stelle steht und die hierfür notwendigen Investitionen bis zum Abschaltdatum 2019 ungeachtet von ökonomischen Überlegungen getätigt werden und dass das AKW Mühleberg spätestens 2019 stillgelegt wird.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 27. August 2014

Der Gemeinderat